
These 7

Weder Nationalisten noch Anti-Deutsche haben von den Schlüsseljahren 1989 und 1990 profitieren können. Durch die deutsche Einheit ist ein unbefangener und vorurteilsfreier Umgang mit den nationalen Symbolen eingekehrt. Wir sind uns heute unserer nationalen Identität stärker bewusst.

— . — . —

Wir sind ein Volk

Lutz Rathenow

Die deutsche Einigung ist vollzogen, die geschlossenen Begriffe Ost und West lösen sich in der Realität längst auf in sehr unterschiedlich wirtschaftlich und kulturell potente Zonen. Die neuen Bundesländer sind keine neuen mehr. Und die deutsch-deutschen Einigungsprobleme gar keine innerdeutschen. Es geht um die Vereinigung eines Stücks Osteuropas mit dem westeuropäischen Kontext. So lange die Deutschen ihre Probleme mit ihrer Vereinigung haben, geht es ihnen gut, schrieb der von einem Besuch aus Turkmenistan zurückgekehrte Publizist Udo Scheer. So lange die Probleme zu bewältigen sind, werden sie weiter darüber klagen.

Ein Blick zurück erleichtert überhaupt den nach vorn: Wäre die DDR ein normaler Staat gewesen, diese Deutsche Udemokratische Republik wäre noch vorhanden. Trotz allen Frustes über den zu geringen wirtschaftlichen Aufschwung in den neuen Bundesländern und den Erfolgen der Linkspartei gibt es keine Autonomiebewegung für eine neue eigenständige DDR. Und das in einer Welt, in

der – zynisch zugespitzt – jedes Natiönchen und jede Ethnie gern einen eigenen Staat hätte. Nicht alles in der DDR war ja von der DDR geprägt. Man lebte in einem mitteleuropäischen Land, von deutscher Geschichte vielfältig geformt. Im ärmeren, politisch anpassungsbereiteren DDR-Norden anders als in Sachsen und Thüringen. Aus diesen Ländern kam nach dem Fall der Mauer in Berlin zuerst der Ruf nach dem „einig Vaterland“. Daneben und gleichzeitig war die DDR auch ein Stück Osteuropa durch ihre politische Strukturierung und Bündniseinbindung. Dieser osteuropäische Bezug, der sich nicht nur in der weiteren Präsenz der Suppe Soljanka auf Speisekarten in den neuen Bundesländern widerspiegelt, zeigt Möglichkeiten und Anknüpfungspunkte für eine Brückenfunktion der ostdeutschen Erfahrungen in Richtung des neuen EU-Ostens. Der DDR-Bürger war immer Mitteleuropäer, Deutscher, Osteuropäer, DDR-Bürger, Mecklenburger oder Sachse gleichzeitig – und ein bisschen auch schon Bundesbürger, allein schon durch seine Radio- und Fernsehgewohnheiten. Jedenfalls dort, wo Westfernsehempfang möglich war – ansonsten bemühte man sich, wenigstens im westempfangsbereiten Teil des Landes zu urlauben. Der DDR-Bürger war ein Deutscher im DDR-Zölibat, das durch politische Repressionen und Reiseverhinderungen von den Möglichkeiten des Westens abhielt.

Mit der Bundesrepublik verknüpften sich viele Erwartungen. Wenn heute von der mangelnden inneren Einheit die Rede ist, dann liegt es schon an den Riesenerwartungen der Ostdeutschen. Um diese Enttäuschung von Teilen der ostdeutschen Bevölkerung heute einordnen zu können, müssen die Erwartungen von damals erkannt werden. Sie bewegten sich zwischen berechtigten Ansprüchen und kaum verbalisierbaren Erlösungsphantasien. Der Blick von Ost nach West war und bleibt komplexverhangen. Die deutsche Wieder-Vereinigung konnte in vielen Bereichen

nur eine Neu-Vereinigung bedeuten, die bei dieser Schnelligkeit punktuell nur als Anschluss der DDR an die Bundesrepublik wahrgenommen werden konnte – die eine Seite brauchte die andere. Die andere akzeptierte es. Diese unverhältnismäßige positive Erwartung der Ostdeutschen – lassen wir einmal von Anbeginn vereinigungsunwillige Intellektuelle beiseite – an den Westen, der alle Probleme klären und lösen würde, das war das Bild für viele. Die Bundesrepublik leuchtete als Symbol des Paradieses, verehrt oder verachtet. Jede glücklich genehmigte Westreise eines DDR-Bürgers geriet schon vor 1989 zur Wallfahrt, jedenfalls berichtete man den Freunden zu Hause genauso anhängig davon. Die DDR war als der heimliche Zwitterstaat der Bundesrepublik wirtschaftspolitisch über den innerdeutschen Handel längst in die Europäischen Gemeinschaften integriert. Die vollzogene deutsche Neu-Vereinigung 1990 löste auch diese unsichtbaren Strukturen – der faktisch vorhandenen Beziehungen in bequemer Feindschaft zueinander – auf. Die Enttäuschung mancher Ostdeutscher ist ja nicht jene, dass sie den Westen nicht wollen. Sie sind empört, weil sie die alte Bundesrepublik nicht eins zu eins als Erfolgsmodell nacherleben dürfen.

Die Ostdeutschen wählten 1990 mehrheitlich die alte Bundesrepublik als dieses Modell, ohne sich mit ihren föderalen und verfassungsmäßigen Strukturen sehr zu beschäftigen – wie denn auch, das Grundgesetz der Bundesrepublik gehörte zu der im Osten verbotenen Lektüre. Die Ostdeutschen wählten eine vermutete Demokratie, die sie nur per Fernsehen, Rundfunk und aus persönlichen Besuchen kennen konnten. Während sich in der alten Bundesrepublik eine importierte Demokratie langsam zu einer gewohnten und im guten Sinne gewöhnlichen für die große Mehrheit der Westdeutschen herangebildet hatte, besteht diese gefühlte Grundübereinkunft im Osten Deutschlands so klar noch nicht – zumindest bei älteren Menschen und denen

mittleren Alters. Wie auch, die alte Bundesrepublik scheint in einem diffusen Europa aufzugehen, die langersehnte D-Mark musste gegen eine als „Teuro“ empfundene Währung abgegeben werden. Dennoch darf von zwei gigantischen Leistungen gesprochen werden: Die DDR-Bevölkerung hat der Verlockung von Rechtsradikalen getrotzt, die 1990 einen Wahlkampf unter der demagogisch anbietenden Parole führten: Ihr seid die besseren Deutschen, ihr wisst noch, was Ordnung und Disziplin bedeuten. Die Alpträume einiger Linker, dass nun ein enthemmter Nationalismus wieder ausbräche und ein neues Auschwitz ermögliche, erwiesen sich als geradezu absurd. Die alte Bundesrepublik hatte doch in verschiedenen Schüben mit der brutalen ersten deutschen Diktatur aufgeräumt und sich längst in etwas verwandelt, das keine Bedrohung für andere Völker darstellt. Deutschland hat nun seine ihm unter diesen Umständen gemäße Größe im sich vereinigenden Europa gefunden und darf durchaus über seine Grenzen hinaus kulturellen Austausch in jene Gebiete hinein betreiben, die einst in seinen Landesgrenzen lagen.

Und die Reste deutscher Kultur aus der Königsberger Zeit im russischen Raum um Kaliningrad (und das Helfen sie zu bewahren) werden zu Teilen einer europäischen Kultur, um die sich dann im Idealfall die heute dort ansässigen Russen gleichfalls bemühen: So könnte das, was wir heute noch Vertriebenenverbände nennen, in etwas hineinwachsen, das sie zum verbindenden Moment zweier Kulturen macht – ohne Vergangenheit zu verleugnen. Der DDR-Bürger hat den Westen ausgiebig besichtigt und die Resultate sind nicht einheitlich, aber ein übertriebener Nationalismus oder gar Rechtsradikalismus ist nicht erwünscht und auch nur an den Rändern vorhanden. Die Bundeswehr zum Beispiel pflegt andere Werte als die Deutsche Wehrmacht. Und wer einmal an der Führungsakademie in Hamburg weilte und sieht, wie soziologisiert und zivilisiert es unter

den Offizieren zugeht, weiß, dass diese Armee aus der deutschen Geschichte Lehren gezogen hat. Die natürlich allein nicht auf jeden Einsatz heute schon automatisch ausreichend vorbereiten.

Es darf als starkes Zeichen für die deutsche Demokratie gelten, das mitten in einer Wirtschaftskrise so gut wie niemand auch nur rechte Populisten in den Bundestag gewählt hat. Dennoch sind in den zwanzig Jahren besonders in vernachlässigten Zonen des Ostens jene Rudimente elementarer Fremdenfeindlichkeit noch nicht verschwunden, die auch mit Unkenntnis gegenüber dem Fremden und letztlich auch mit den Reisebeschränkungen in der DDR zu tun haben. Und die dann scheinbar helfen, Minderwertigkeitskomplexe auszuleben. Mancher NPD-Wähler in Sachsen will „denen da oben“ sicher einfach nur mal zeigen, dass er auch ganz anders kann. Trotzdem bleibt hier jede Gefahr eine Restgefahr.

Es ist im Grunde schon zusammengewachsen, was seit 1990 wieder zusammengehören darf. Auch die Meckerkultur beider deutscher Staaten gehört dazu. Die alte Bundesrepublik musste 1989 von der von vielen nicht mehr für möglich gehaltenen Vereinigung stark gefordert, wenn nicht gar überfordert sein. Die europäische Umstrukturierung und das Wirtschaften im Zeitalter der Globalisierung hätten ihre mentalen Gewohnheiten auch ohne deutsche Neu-Vereinigung in Frage gestellt. Aber nicht so schnell. Wie lange wird uns das Gerede von den vorhandenen Differenzen begleiten? Die Antwort mag desillusionieren: Solange wir leben. Denn wir leben in einem föderal gegliederten Staat, der seine Differenzen hegt und pflegt und sich nicht als zentral gelenkte „Berliner Republik“ verstehen will.

Dabei ist die deutsche Einheit in Berlin längst verwirklicht, auch wenn es kaum ein Berliner bemerkt. So wenig wie es heute ein alteingesessener West-Berliner wirklich wahrnimmt, dass er auch von Ex-Kommunisten regiert

wird. Die verwalten als mitregierende PDS alles so unauffällig wie nur irgend möglich und demonstrieren am Abend schon einmal gern gegen ihre am Tage mit durchgesetzte Politik. Wo begegnen sich Ost- und Westdeutsche sonst so intensiv wie in der Hauptstadt? In Berlin sind zwei faktisch gleich große Stadtteile zueinander gekommen. Die Vergangenheit wirkt in der Gegenwart fort. Die gemeinsame politische und kulturelle Geschichte kann in Berlin natürlich weniger ignoriert werden als beispielsweise in Freiburg, das nicht zwanghaft täglich an seine Gemeinsamkeiten mit Dresden denkt. Mehr Einheit als in Berlin ist nicht mach- und wünschbar; sie erhöht den Reiz einer Stadt mit mehreren spannungsvollen Vergangenheiten. Während Deutschland über seine multikulturellen Perspektiven diskutiert, lebt Berlin diese längst. Und die besondere DDR-Vergangenheit mit ihren Echos in die Gegenwart hinein wird auch zu einer dieser Herkunfts-Kulturen. Anders als bei der Vereinigung der kleineren DDR mit der großen, finanzmächtigen Bundesrepublik sind sich in Berlin fast gleich große Stadtteile begegnet: Die meisten Zentren des historischen Berlin lagen im Ostteil. Die zahlreichen kulturellen Migrantenmilieus nebeneinander in dieser Stadt relativieren Ost-West-Probleme wie von selbst, bringen Probleme und normalisieren gleichzeitig die Verwendung nationaler Symbole. Gerade Ausländer erwarten, dass Deutsche Deutsche sind und sein wollen. So gerät die Stadt ungewollt zum Laboratorium für Ganz-Deutschland. Für zu viele Eskapaden des Anti-Deutschseins bleibt da kein Raum – für einige schon. Der lockere, souveräne Umgang mit der eigenen Geschichte in Publizistik und Geschichtswissenschaft, der Umgang mit den eigenen nationalen Symbolen wie bei der Fußballweltmeisterschaft wird in beiden Teilen des nicht mehr geteilten Landes praktiziert.

Dennoch ist die linke Demokratieskepsis heute stärker ausgeprägt als die rechte, die linke kann freundlich in Ge-

stalt eines Taxifahrers daherkommen: Er fühle sich wie vor dem Untergang der DDR und plane die Auswanderung: nach Kuba oder in die Schweiz, so seine merkwürdige Alternative. Wieso er Kuba mehr Stabilität als der Bundesrepublik zutraute? Er hatte halt gute Freunde dort, was etwas über seine DDR-Herkunft aussagt.

Wie viel Trotz verträgt das Land? Das fast einhellige Gerede von den notwendigen Veränderungen im Staate erzeugt auch wortlose Gegenreaktion. Sie beharrt auf dem Erreichten – hartnäckig und gleichzeitig unauffällig. Das alles ist kein Zeichen der nicht vorhandenen Einheit, sondern es setzt diese auf eine vertrackte Weise voraus. Unzufriedenheit äußert sich in ganz Deutschland. Für den Osten gibt es halt noch ein paar Besonderheiten. Die Ex-DDR-Bürger wollen sich mehrheitlich nicht als die Ost-Europäer begreifen, die sie vierzig Jahre lang auch waren. Kämpfen die Ostdeutschen instinktiv auch darum, durch den neuen Beitrittskosten nicht in eine Wahrnehmungslücke zu fallen? Jetzt kommt ein unbequemer Satz: Ohne die weitgehende Integration Osteuropas gibt es keine Vollendung der wirtschaftlichen Einheit in Deutschland.

Das hat mehrere praktische Auswirkungen. Eine wäre zum Beispiel die Ablösung der reinen DDR-Forschung durch eine deutschlandbezogene, die beide deutsche Staaten gründlich und kompetent vergleicht, ohne sie gleichzusetzen. Die ökonomische Unausgewogenheit führt zu einem Verstimmungswettbewerb; die neuen Bundesländer sind natürlich global betrachtet überflüssig. Wie wäre es mit einer Kultur des würdevollen Überflüssigseins?

Wer die Wirkungsmöglichkeiten von Diktaturen erforschen will, muss vor allem die Wirkung der DDR auf die alte Bundesrepublik betrachten und erforschen. Und erforschen wollen, indem man sich nicht gegenüber unangenehmen Erkenntnissen durch vermeintlichen Datenschutz vorbeugend abschottet.

Wir müssen uns an die Gleichzeitigkeit sehr verschiedener Erlebnisebenen gewöhnen, ohne die ganze Geschichte in Beliebigkeit aufzulösen. Die klassische Totalitarismuskonzeption kann vielleicht das Entstehen, aber nicht das Ende des Staates DDR erklären. Man könnte bei den osteuropäischen realsozialistischen Staaten vom Versuch der Regierungen reden, der jeweiligen Bevölkerung unterschiedlich dosierte totalitäre Injektionen zu verabreichen, um sie beherrschbarer zu halten, ohne sie je ganz beherrscht zu haben. Die DDR als Gegenstand eines neu akzentuierten Forschungsgebietes: ein Zwitter aus Kommunismus- und Osteuropaforschung. Und das vor dem Hintergrund deutscher Geschichte und im Vergleich zu anderen Fundamentalismen der Welt – ideologischen und religiösen. So könnte die DDR im Interesse einer Diktaturprävention doch noch etwas nützen.